

## STADTRAT kompakt

## Neuer Stadtrat bei den Grünen

**MÜNCHEN** Delija Balidemaj ist jetzt ein offiziell vereidigtes Mitglied der Grünen-Stadtratsfraktion. Er ist nachgerückt, nachdem Bernd Schreyer ausgeschieden war. Der 55-jährige Ingenieur arbeitet bei dem städtischen Eigenbetrieb, der sich um die Digitalisierung kümmert. Seit 2020 gehört er dem Bezirksausschuss Feldmoching-Hasenberg an. Seine politischen Schwerpunkte liegen auf Integration, Digitalisierung, Soziales, Wohnen und Sport.

## MVG-Leistungsprogramm beschlossen

**MÜNCHEN** Der Stadtrat hat am Mittwoch das neue Leistungsprogramm der Münchner Verkehrsgesellschaft beschlossen. Weil Fachkräfte fehlen, können laut einer Mitteilung der SPD nicht alle Neuerungen kommen. Simone Burger (SPD) fordert für den Fahrplanwechsel 2024 einen besseren Takt und neue Linien wie die Express-Linie nach Freising.

## Kassenamt: Sanierung für 100 Millionen

**ALTSTADT** Für 100 Millionen Euro soll das Kassen- und Steueramt an der Herzog-Wilhelm-Straße 11 saniert werden. Das beschloss der Stadtrat mehrheitlich. Der CSU ist das zu teuer (s. Text rechts). Ihre Idee: Stattdessen soll die Stadt das Gebäude einem Investor in Erbpacht überlassen. Mit den Einnahmen könnte die Stadt ein neues Gebäude kaufen. Grüne und SPD lehnen den Vorschlag ab.

## 600 Wohnungen im Tucherpark

Und eine neue Surferwelle wollen Grün-Rot. Die Opposition ist kritisch

Aus dem Bürocampus Tucherpark soll ein Quartier mit Wohnungen, Läden, Gastro und Sportmöglichkeiten werden. Diesem Plan stimmte der Stadtrat am Mittwoch grundsätzlich zu.

Grüne und SPD haben aber Bedingungen: Sie fordern, dass 600 neue Wohnungen auf dem Campus am Englischen Garten geschaffen werden. Außerdem

soll die Verwaltung prüfen, ob eine weitere Surferwelle möglich ist. Durch den Tucherpark fließt nämlich der Eisbach. Grüne und SPD wollen zudem, dass die Ifflandstraße von vier auf zwei Spuren reduziert wird. Dagegen sprach sich die CSU aus.

Auch von der Linken, der ÖDP und der FDP kam Kritik. Denn der Investor will nicht nur den Bestand sanieren, sondern auch neu bauen. „Es fühlt sich an, als wollten die Grünen Hochhäuser in den Englischen Garten bauen“, sagte FDPler Jörg Hoffmann. Heute werde der Tucherpark als Teil des Englischen Gartens wahrgenommen. **che**

## Euro-5-Diesel bleiben in München erlaubt

Die nächste Stufe des Fahrverbots greift nicht. 2024 muss der Stadtrat erneut entscheiden

Der Stadtrat hat seine Ankündigung wahr gemacht: Das Dieselverbot wird im Herbst nicht verschärft. So beschloss er es am Mittwoch. Für Fahrer von Euro-5-Dieseln heißt das: Sie dürfen weiterhin nach München hineinfahren. Das Fahrverbot für Euro-4-Dieseln auf und innerhalb des Mittleren Rings bleibt hingegen. Endgültig erleichtert können

Dieselfahrer aber nicht sein: Im Mai 2024, wenn das Gutachten mit belastbaren Prognosen vorliegt, muss der Stadtrat noch einmal entscheiden. Bis dahin greifen die nächsten Stufen des Verbots allerdings nicht.

Die Maßnahmen zu verschärfen, wäre aus Sicht von Umweltreferentin Christine Kugler (parteilos) „unverhältnismäßig“. Denn: „Unser Luftreinhalteplan wirkt“. Momentan werden an der Landshuter Allee aber noch Stickstoffdioxid-Emissionen gemessen, die über den erlaubten Werten liegen. An der Moosacher Straße ist die Belastung gestiegen. **che**

## Knickt die Stadt vor der Bau-Lobby ein?

In Neubaugebieten müssen sich Investoren an Regeln halten. Sind sie zu streng?

Auf dem Münchner Immobilienmarkt gab es zuletzt keine guten Nachrichten: Das Bauunternehmen Sedlmayr Grund hat für sein neues Quartier neben der ehemaligen Bayernkaserne einen Baustopp verhängt. Der Konzern will erst einmal nur die rund 250 Wohnungen fertig stellen, die schon im Bau sind.

Wann die restlichen 813 Wohnungen folgen, ist unklar. Und Sedlmayr Grund ist nicht der einzige Konzern, der in München gerade lieber wartet, anstatt zu bauen.

Für die FDP im Münchner Stadtrat war das ein Anlass, am Mittwoch genauer nachzufragen, was die Gründe sind. Insbesondere wollte die FDP wissen, was die „Sozialgerechte Bodennutzung“ (Sobon) damit zu tun hat.

Die Sobon regelt, dass Bauherren in neuen Siedlungen auch günstigen Wohnraum schaffen und sich an der Infra-

## Das Olympiastadion wird wieder fit gemacht



Der Stadtrat hat beschlossen, das Olympiastadion für über 200 Millionen zu sanieren. Die Kosten für das Zeltdach kommen noch dazu. **imgago**

Von Bruce Springsteen bis zu den Rolling Stones – die größten und bekanntesten Künstler spielen im Olympiastadion. Allerdings ist das Stadion, das für die Olympischen Spiele 72 gebaut wurde, in die Jahre gekommen. Der Stadtrat beschloss am Mittwoch, für die

Sanierung rund 204 Millionen Euro auszugeben. So will die Stadt gewährleisten, dass weiterhin Konzerte und Sportveranstaltungen dort stattfinden können.

Marion Schöne, die Geschäftsführerin des Olympiaparks, ist darüber erleichtert. Nun gebe es eine Perspektive, das Stadion

noch besser zu vermarkten und zu bespielen. Voraussichtlich muss es aber für 20 Monate zwischen 2025 und 2027 geschlossen werden, damit die Sanierung durchgeführt werden kann. Unter anderem müssen Brandschutz und Betriebstechnik erneuert werden. **che**

## „Sie führen die Stadt an den Rand des Bankrotts“

Der Schuldenberg im Rathaus wächst auf 5,2 Milliarden. Und die CSU ist davon überzeugt, dass Grün-Rot die falschen Prioritäten setzt

Von Christina Hertel

Einerseits ist München eine reiche Stadt: Sie nimmt nächstes Jahr voraussichtlich 5,5 Milliarden Euro an Steuern ein, davon sind rund 3,45 Milliarden Euro Gewerbesteuer. Andererseits reicht all dieses Geld nicht, zeigt eine Prognose des Kämmerers Christoph Frey (SPD). Die Stadt muss für ihre Investitionen für Kinderbetreuung und Schulbau, für ÖPNV und Wohnungsbau Kredite aufnehmen. Im nächsten Jahr könnten die Schulden auf 5,2 Milliarden Euro anwachsen. 2026, also am Ende der grün-roten Legislatur, könnte die Verschuldung bei 7,7 Milliarden Euro liegen.

Der Kämmerer klingt angesichts dieser Zahlen besorgt:

Der Haushalt sei schon heute nur gerade noch so genehmigungsfähig. Und in den nächsten Jahren wird das wohl noch schwieriger. Denn die Stadt muss jedes Jahr immer mehr Geld für die Tilgung und für die Zinsen der Kredite ausgeben.

Ob das alles wirklich so kommt, kann der Kämmerer jetzt noch nicht sicher sagen. Denn am Mittwoch verabschiedete der Stadtrat erst einmal nur den Eckdatenbeschluss für 2024. Darin sind nur vorläufige Zahlen und Schätzungen enthalten. Den endgültigen Beschluss über den Haushalt trifft der Stadtrat erst im Winter. Normalerweise ist das die Sitzung, in der die Stadträte die großen, grundsätzlichen Reden halten.

Der CSUler Hans Theiss nutzte aber schon die Sitzung am Mittwoch für eine Generalabrechnung mit Grün-Rot: „Am Ende der Amtszeit werden Sie die Stadt an den Rand des Bankrotts geführt haben“, prognostizierte er.

Besonders kritisierte Theiss die Sanierung des Kassen- und Steueramts. Dieses soll rund

100 Millionen Euro kosten, angedacht war einst die Hälfte. Das Geld fließe in ein „Märchenschloss für Finanzen in Bestlage“ (das Amt liegt an der Herzog-Wilhelm-Straße 11, in der Altstadt), während andere Projekte gestrichen wurden.

Theiss zählte auf: Ein Nachbarschaftstreff, der Umbau des Erdgeschosses des NS-Dokumentenums, ein Stadtteilkulturzentrum und eine Vergrößerung eines Alten- und Service-Zentrums kommen doch nicht.

Auch über die Verkehrspolitik der Stadt echauffierte sich Theiss: Es sei absurd, Radwege für eine Millionen-Summe grün zu färben, und dann halte das nicht einmal ein paar Monate. Und es sei ebenfalls absurd, in Zeiten leerer Kassen 14 Millionen für einen „Luxusradweg an der Eilsenstraße auszugeben“.

Die grüne Bürgermeisterin Katrin Habenschaden bezeichnete Theiss als verkehrspolitische Sadistin, die die Stadt „sehenden Auges in den Verkehrsinfarkt jagt“. Auch den Umgang von grün-rot mit den Tochterunternehmen der Stadt – von

den Wohnungsbaugesellschaften über die Stadtwerke bis zur Sparkasse – kritisierte Theiss scharf. Er wünsche sich auch auf kommunaler Ebene einen Untersuchungsausschuss.

Der SPD-Finanzexperte Christian König war von dieser Rede merklich erschüttert. Er bezeichnete sie als „energievergiftend und populistisch, als Fake News“. König erinnerte daran, dass die CSU den größten Posten im Haushalt zugestimmt habe – etwa den neuen Schul- und U-Bahnbauten.

Auch der Sprecher für Finanzpolitik in der Grünen-Fraktion Florian Roth betonte, dass er noch nie eine solche Rede von einem CSUler im Münchner Stadtrat gehört habe. Und Roth sitzt dort seit 2008.

Doch auch Roth stellte fest, dass die Stadt sparen muss. Im nächsten Jahr sollen es rund 150 Millionen Euro sein. Gelingen soll dies, erklärte Roth, ohne dass die Stadt ihre großen Investitionen aufgibt. Stattdessen soll das Personal weniger stark wachsen. Auch die einzelnen Referate sollen sparen. **Christina Hertel**

Euro pro Quadratmeter Geschossfläche an den Kosten für die Infrastruktur beteiligen.

Das alles geht nach Ansicht des FDP-Chef Jörg Hoffmann viel zu weit – vor allem in Anbetracht der gestiegenen Baukosten und der höheren Zinsen. Er forderte, dass die Stadt zu früheren Sobon-Regeln von 2006 zurückkehren soll. Auch die CSU wünscht sich eine Zeitreise – allerdings ins Jahr 2017.

Beides wird es nicht geben, stellten Anna Hanusch von den Grünen und SPD-Chef Christian Müller klar. Beide schilderten

außerdem, dass der Baustopp in der Bayernkaserne nichts mit der neuen Sobon zu tun hat. Denn für den Bauträger gelten noch die alten Regeln.

„Natürlich muss man über die Sobon immer wieder sprechen. Aber die Grundlage bleibt die Sobon von 2021“, sagte Müller. Oberstes Ziel sei, den Münchnern genug bezahlbaren Wohnraum zu bieten. Schließlich haben sich laut Müller 20 000 Menschen beim Amt für Wohnen für eine geförderte Wohnung registrieren lassen.

Die Linke im Stadtrat fürchtet wiederum, dass die SPD doch

vor der Immobilienlobby einknickt und ihre Sobon-Regeln aufweicht. „Dann macht sie einmal mehr deutlich, dass sie nicht die Münchner Mieterpartei ist“, sagte Linken-Fraktionschef Stefan Jagel.

„Ich sehe auch mit Sorge, was sich auf dem Münchner Immobilienmarkt verändert“, sagte Stadtbaurätin Elisabeth Merk (parteilos). An der Bayernkaserne überprüfe der Investor vor allem, wie er Geld sparen kann. Etwa durch weniger Tiefgaragen und andere Grundrisse. Ein endgültiger Stopp sei das nicht. **Christina Hertel**